

A n t w o r t

des Ministeriums für Bildung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dorothea Schäfer (CDU)
– Drucksache 17/243 –

Einstellungssituation an Gymnasien und Gesamtschulen zum neuen Schuljahr 2016/2017 im Wahlkreise 29

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/243** – vom 24. Juni 2016 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Planstellen stehen – im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Schuljahren – den Gymnasien im Wahlkreis 29 zum neuen Schuljahr zur Neubesetzung zur Verfügung (bitte getrennt nach Verbandsgemeinden aufschlüsseln)?
2. Wie viele Planstellen stehen – im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Schuljahren – den Gesamtschulen im Wahlkreis 29 zum neuen Schuljahr zur Neubesetzung zur Verfügung (bitte getrennt nach Verbandsgemeinden aufschlüsseln)?
3. Wie viele Lehrkräfte an Gymnasien im Wahlkreis 29 müssen – im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Schuljahren – mit einer Abordnung bzw. Versetzung rechnen (bitte getrennt nach Verbandsgemeinden aufschlüsseln)?

Das **Ministerium für Bildung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. Juli 2016 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Im Schuljahr 2016/2017 wird ein Schülerzahlrückgang in den Gymnasien und ein Aufwuchs der Schülerzahlen bei den Integrierten Gesamtschulen (IGS) erwartet. Voraussichtlich sinkt die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien (einschließlich Kollegs und Abendschulen) um rund 2 500. Dies hängt zum einen mit der demografischen Entwicklung zusammen, zum anderen mit neuen Oberstufenangeboten und aufwachsenden Integrierten Gesamtschulen. Hinzu kommt, dass neun der G8GTS-Gymnasien in diesem Jahr einen doppelten Abiturjahrgang entlassen haben. An Integrierten Gesamtschulen werden insbesondere durch die aufwachsenden Oberstufen ca. 2 300 Schülerinnen und Schüler mehr erwartet als im aktuellen Schuljahr. Dies hat Auswirkungen auf die Zahl der Einstellungen an Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen. Mit Stand 6. Mai 2016 waren einschließlich der schulscharfen Einstellungen an den Gymnasien 49 Planstellen und an den Integrierten Gesamtschulen 227 Planstellen zu besetzen. Die Zahl der Einstellungen wird sich durch hinzukommende freie Stellen bis zum Schuljahresbeginn weiter erhöhen. Aufgrund der aufwachsenden Schülerzahl an den Oberstufen werden an den Integrierten Gesamtschulen weit überwiegend Lehrkräfte mit Lehrbefähigung für das Lehramt an Gymnasien eingestellt werden. Zum kommenden Schuljahresbeginn werden daher an Gymnasien und IGS insgesamt mehr als 250 Gymnasiallehrkräfte neu in den rheinland-pfälzischen Schuldienst eingestellt. Weitere Einstellungen folgen zum Schulhalbjahr.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion befindet sich zurzeit in der Personalplanung. Das Einstellungsverfahren läuft. Abschließende Angaben zu Neueinstellungen für das Schuljahr 2016/2017 sind deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Im Schuljahr 2015/2016 wurden im Wahlkreis 29 vier Lehrkräfte an Gymnasien (Bingen) und vier Lehrkräfte an der Integrierten Gesamtschule (VG Sprendlingen-Gensingen) eingestellt, im Schuljahr 2014/2015 waren es drei Lehrkräfte an Gymnasien (Bingen) und sieben Lehrkräfte an der Integrierten Gesamtschule (VG Sprendlingen-Gensingen).

In der Phase der Personalplanung werden im Sinne einer gleichmäßigen Unterrichtsversorgung auch Abordnungen und Versetzungen geprüft und umgesetzt. Abschließende Angaben für das kommende Schuljahr liegen deshalb noch nicht vor.

Im Wahlkreis 29 gab es im Schuljahr 2014/2015 drei Abordnungen von Lehrkräften an Gymnasien (Bingen), im Schuljahr 2015/2016 waren es vier (drei in Bingen, eine in Ingelheim).

b. w.

Ausgewertet wurden Abordnungen und Versetzungen aus dienstlichen Gründen und zwar sowohl innerhalb der Schulart als auch zu einer anderen Schulart oder Dienststelle. Die aufgrund eines Antrages (etwa auf Lehrertausch zwischen den Ländern) oder infolge der Bewerbung um eine Funktionsstelle veranlassten Abordnungen bzw. Versetzungen wurden nicht berücksichtigt.

Dr. Stefanie Hubig
Staatsministerin